

# Wahlzeitung

**DIE LINKE.**

LANDTAGSWAHL 2021 · LANDKREIS ANHALT-BITTERFELD · DIE LINKE-SACHSEN-ANHALT.DE



## Wir sind vor Ort!

Wir sind regelmäßig in den Kommunen Anhalt-Bitterfelds unterwegs und sind bei Bürgersprechstunden für die Einwohner:innen kompetente Ansprechpartner:innen. Wir haben also nicht nur im Wahljahr ein offenes Ohr für die Belange der Bürgerinnen und Bürger, sondern wir organisieren auch regelmäßig Aktionen zum Weltfriedenstag, Gedenkveranstaltungen am 8. Mai und 9. November sowie Kundgebungen zum 1. Mai. Alleinstellungsmerkmal sind unsere alternativen Neujahrsempfänge für alle Menschen, die wir in der Öffentlichkeit abhalten, um mit ihnen direkt und ganz ungezwungen ins Gespräch zu kommen, Probleme zu analysieren und Unterstützung anzubieten. Für wichtige kommunale Anliegen gehen wir auch auf die Straße. So haben wir



die Demonstrationen für den Erhalt der Klinik für Frauenheilkunde und Geburtshilfe in dem Gesundheitszentrum Bitterfeld-Wolfen gGmbH organisiert sowie die damit einhergehenden Unterschriftensammlungen. Aktiv beteiligten wir uns an dem Volksbegehren »Den Mangel beenden! Unseren Kindern Zukunft geben!« und sammelten in den Städten und Dörfern des Landkreises Unterschriften für mehr Personal in Sachsen-Anhalts Schulen. Als Abgeordnete führten wir »Gespräche am Gartenzaun« selbst in den kleinsten Ortschaften durch, um ein Gespür für die Bedürfnisse der Menschen in unserem Landkreis zu bekommen und unser Handeln in den Parlamenten dementsprechend auszurichten. Für DIE LINKE ist es selbstverständlich, dass ein Teil der Abgeordnetenbezüge für soziale Projekte gespendet wird, wovon viele regionale Vereine und Projektträger profitieren. Wir wissen also, was die Leute vor Ort bewegt, wo die Ängste und Sorgen der Anhalt-Bitterfelder liegen und können sie somit gut im Landtag vertreten. Deshalb bitten wir um Ihre Stimme!



## Was wir wollen!

Wir wollen, gemeinsam mit Ihnen, dieses Land und diesen Landkreis gestalten. Wir wollen einen Landkreis Anhalt-Bitterfeld, in dem die Menschen gut und gerne leben, in dem die Daseinsvorsorge in der Hand öffentlicher Träger liegt und in dem kostenfreie Kitas und wohnortnahe Schulen existieren.

Einen Landkreis, in dem Gesundheitseinrichtungen, Rettungsdienste und Feuerwehren gut ausgestattet sind, Bibliotheken, Museen und andere kulturelle Einrichtungen neben Schwimmbädern und Freibädern existieren. Ein Anhalt-Bitterfeld, in dem die Straßen und Radwege ausgebaut werden und wo auch der kleinste Ort per Bus erreichbar ist.

Einen Landkreis, der nicht zur Depopulationslandschaft verkommt, und in dem auf die Belange der Bürgerinnen und Bürger Rücksicht genommen wird. Denn kommunale Dienstleistungen entscheiden wesentlich darüber, ob sich Menschen vor Ort wohlfühlen, ob sie ihren Lebensalltag problemlos bewältigen und ihre Freizeit unbeschwert verbringen können. Die finanziellen Weichen dafür werden im Land gestellt, darauf möchten wir Einfluss nehmen.



## Solidarität und Verantwortung

Eva von Angern gehört zu denen, die ihrer ostdeutschen Heimat auch in schwierigsten Zeiten nicht den Rücken gekehrt haben. Politisch positioniert hat sich die Rechtsanwältin für die Linken in den 1990er Jahren, in denen wir jeden Tag im Kreuzfeuer der Kritik standen. Eines zeichnet die dreifache Mama besonders aus: Sie ist eine, die sich Herausforderungen mutig stellt und einen starken Willen zum Gestalten hat – allen Widerständen zum Trotz. Eva engagiert sich auch für die, die oft ihre Rechte und Anliegen nicht selbst vertreten können – für die Kinder und die Alten. Ihnen gehört ihr Herz. *Dietmar Bartsch*

# Augenhöhe und Vertrauen

LANDTAGSWAHL 2021 IN SACHSEN-ANHALT

Im Gespräch mit Eva von Angern, Vorsitzende der Landtagsfraktion DIE LINKE und Spitzenkandidatin zur Landtagswahl.

**Sie waren gerade Mitte 20 und noch Studentin, da zogen Sie erstmals in den Landtag ein. Das war im Jahr 2002. Warum wollten Sie in die Politik?**

Politisch aktiv war ich schon lange zuvor, allerdings weniger parteipolitisch. Ich habe mich gegen Rechtsextremismus engagiert. Die schrecklichen Vorfälle in Mölln und Rostock-Lichtenhagen haben mich sehr politisiert. 2002 wurde ich dann gefragt, ob ich mir vorstellen könnte, für die PDS zu kandidieren. Zu dem Zeitpunkt wusste ich nicht, was das wirklich bedeutet, als Abgeordnete zu arbeiten. Ich hatte gerade mein erstes juristisches Staatsexamen in der Tasche, dazu einen zweijährigen Sohn. Als ich dann tatsächlich auf den Listenplatz 13 gewählt wurde, war ich überrascht. Das war ein enormer Vertrauensvorschuss. Und das hat mein Leben völlig durcheinandergebracht. Ich befand mich noch im Referendariat, wollte das Jurastudium unbedingt beenden. Ich weiß noch genau, dass ich damals mit meiner Fraktionsvorsitzenden Petra Sitte gesprochen hatte und sie klar sagte, du machst dein zweites Staatsexamen. Ein Riesenkraftakt, aber ich würde mich immer wieder so entscheiden.

**Aus dem Vertrauensvorschuss wurde offensichtlich Vertrauen. Seit Dezember 2020 sind Sie Fraktionschefin. Welche Erwartungen haben Sie an sich selbst und spüren Sie da auch einen inneren Druck? Denn sicherlich sind damit ja auch Hoffnungen verbunden?**

Der Druck ist enorm und ist nochmal stärker geworden, als ich Ja zur Spitzenkandidatur gesagt habe. Grundsätzlich bin ich ein ehrgeiziger Mensch, ich möchte aber auch Spaß haben und auf Augenhöhe arbeiten. Und ja, ich möchte auch erfolgreich sein. Insofern kommt der größte Druck von mir selbst. Es gibt aber viele Menschen um mich herum, die mich tatkräftig unterstützen und die mir vertrauen. Da ist ein Geben und Nehmen. Die Herausforderung ist, werde ich meinen eigenen Ansprüchen gerecht und denen Dritter? Ich kenne diesen Charakterzug von mir. Mittlerweile bin ich 44 Jahre alt und habe gelernt, damit umzugehen. Manchmal stelle ich mich ganz entspannt neben mich und sage: Eva, komm mal runter, schau mal, was du geschafft hast und sei einfach mal stolz darauf.



Foto: Bayk Weber

**Männliche Abgeordnete werden kaum bis gar nicht befragt, wie sie denn Familie und diesen Politikjob zusammenbekommen. Sie haben drei Kinder. Wie bekommen Sie das hin?**

Wir kriegen das hin, weil wir ein wunderbares soziales Umfeld haben: Familie, viele Freunde, gute Nachbarn. Wenn meine Familie nicht gesagt hätte, mach das, hätte ich es nicht getan. Ich habe vor einiger Zeit das Angebot, als Justizministerin in Brandenburg zu arbeiten, wegen meiner Kinder abgelehnt. Bin da auch im Reinen mit mir, diese berufliche Chance nicht genutzt zu haben. Trotzdem bleibt, wenn ich unterwegs bin, immer ein Stück schlechtes Gewissen, dass meine Familie und die Freunde zu kurz kommen.

**Das Netzwerk gegen Kinderarmut wurde von Ihnen mitbegründet. Die Pandemie hat jetzt unabwiesbar offengelegt, dass besonders einkommensschwache Familien davon betroffen sind. Wie sehr trifft das auf Sachsen-Anhalt zu und konnten Sie aus der Opposition heraus etwas für die betroffenen Kinder und Eltern tun?**

Mich bewegt diese unfassbare Ungerechtigkeit ungemein. In meiner ersten Wahlperiode war Kinder- und Jugendpolitik mein Fachthema. Die Zahlen armer Kinder und Jugendlicher waren damals ähnlich hoch. Im Finanzausschuss konnte ich dann sehen, dass selbst in wirtschaftlich guten Zeiten die fließenden Steuereinnahmen zu keinem Zeitpunkt diesen Kindern und Jugendlichen zugutekamen. Mir wurde klar, da müssen wir überparteilich aktiv werden, und ich bin wirklich stolz darauf, auch in Sachsen-Anhalt ein solches Netzwerk mit auf den Weg

gebracht zu haben. Ich habe da engagierte Partner:innen bei vielen Sozialverbänden, den Gewerkschaften, der SPD, CDU und bei Bündnis 90/Die Grünen gefunden. Besonders gefreut habe ich mich, dass mein Antrag im Landtag, das Kindergeld nicht auf den Hartz-IV-Bezug anzurechnen – dass der tatsächlich von allen demokratischen Fraktionen mitgetragen wurde. So wie der Antrag von mir und meiner Fraktion eingebracht wurde, wurde er auch beschlossen. Es ist manchmal durchaus möglich, auch aus der Opposition heraus erfolgreich zu sein, wenn man ein Thema glaubwürdig vertritt und dranbleibt.

**Zukunftsforscher sagen, Zukunft hänge besonders von denen ab, die sie aktiv gestalten. Es müsse mehr über das Morgen als über das Heute nachgedacht werden. Das ist Aufgabe von Politik. Welche Zukunft möchten Sie für Sachsen-Anhalt?**

Ich würde mir so sehr wünschen, dass wir irgendwann nicht mehr über das Thema Kinderarmut reden müssen. Ich möchte, dass die Forderung »gleicher Lohn für gleiche Arbeit« irgendwann überflüssig ist, weil Menschen in Ost und in West und egal ob Mann oder Frau nicht nur das Gleiche für ihre Arbeit verdienen, sondern von ihrer Arbeit auch gut leben können. Wir brauchen eine andere Arbeits- und Wirtschaftspolitik. Ich erachte gerade in der momentanen Situation mehr Mitspracherecht der Menschen in Sachsen-Anhalt für erforderlich. Ein »Pandemierat«, in dem Landtag, Landesregierung, Wissenschaft und Forschung, Gewerkschaften, Sozialverbände, Kunst- und Kulturschaffende gemeinsam über den besten Weg aus dieser Krise beraten, wäre ein sinnvolles, notwendiges Gremium. Es reicht nicht, die Maßnahmen von oben nach unten durchzudrücken. Sie müssen verstanden und mitgetragen werden. Diesen Ansatz zu pflegen, mehr miteinander, mehr Solidarität zu wagen, das ist aus meiner Sicht das wichtige Zukunftsthema und dafür tragen wir als LINKE Verantwortung. Das Gespräch führte Gisela Zimmer.

**Sachsen-Anhalt hat gesellschaftliche Verschiebungen aushalten müssen. Auch erhebliche nach rechts. Nicht selten aus Frust oder aus dem Gefühl heraus, mit den eigenen Nöten nicht ernst genommen zu werden. Können Sie das verstehen?**

Was ich verstehe, sind Unsicherheit und Existenzängste. Mit großer Sorge beobachte ich, dass bis zu 60 Prozent der Jugendlichen Angst vor der Zu-

# Petitionen – ein Bürgerrecht

Petitionen sind das verfassungsmäßige Recht für jedermann, sich mit seinen Bitten und Beschwerden an staatliche Stellen zu wenden.

Der Petitionsausschuss ist sozusagen der Anwalt der Bürger:innen, der die vorgetragenen Sachverhalte mit den Möglichkeiten des Petitionsrechts überprüft, wenn eine Zuständigkeit bzw. Einwirkungsmöglichkeit gegeben sind. So können rein zivilrechtliche Auseinandersetzungen grundsätzlich nicht Gegenstand einer Petition sein. Auch die verfassungsrechtlich garantierte Gewaltenteilung verbietet es, in die Unabhängigkeit der Gerichte einzugreifen. Nach Eingang der Petition wird das Anliegen inhaltlich geprüft und zunächst die Stellungnahme der Landesregierung zu dem geschilderten Sachverhalt eingeholt. In der Ausschusssitzung wird dann die Petition diskutiert. Neu ist seit einem Jahr, dass die Petitionen teilweise öffentlich beraten werden. Petent:innen können an der Beratung teilnehmen und sich auch aktiv einbringen. Das zeigt, dass die Bürger:innen unmittelbar partizipieren können und Bürgernähe möglich ist. Im Ergebnis wird die Petition abschließend beantwortet. Leider ist in der Mehrzahl der Fälle eine Abhilfe nicht möglich.

Zu Beginn meiner Arbeit war ich deshalb sehr frustriert. Als Rechtsanwältin war ich es gewohnt, noch Dinge regeln zu können. Die Grundsätze des Petitionswesens lösen lediglich eine Befassungspflicht aus, einen Anspruch auf Entgegennahme, sachliche Prüfung und Bescheidung der Petition. Damit habe ich am Anfang sehr gehadert. Mittlerweile bin ich überzeugt davon,



dass man gemeinsam viel erreichen kann. Der Petitionsausschuss hat Stellungnahmen der Fachausschüsse eingeholt, Anhörungen durchgeführt, Petitionen an die Landesregierung als Material, zur Berücksichtigung oder weil Abhilfe erforderlich ist, überwiesen. So wurden aufgrund von Beschwerden auch Justizvollzugsanstalten besucht und die Anliegen dort thematisiert. In zahlreichen Ortsterminen wurden die Menschen dort zueinander gebracht, um nach Lösungen für Probleme zu suchen. Dabei hat sich gezeigt, dass persönliche Gespräche vor Ort und ein aufeinander Zugehen die Akzeptanz für Entscheidungen erhöht hat.

Die Digitalisierung hat dazu geführt, dass viele Petitionsplattformen entstanden sind, wie z. B. *Change.org* oder *Openpetition.de*. Hierdurch gelingt es, viele Menschen auf Anliegen aufmerksam zu machen und mitzeichnen zu lassen. Allerdings sind diese Plattformen nicht mit unserer Tätigkeit im Landtag verbunden. In der Mehrzahl landen diese Beschwerden nicht einmal auf unserem Tisch und die Erwartungshaltung der Bürger:innen wird enttäuscht. Deshalb nochmals der Hinweis, dass das Petitionsrecht ein Verfassungsrecht ist, sich also jeder allein oder in Gemeinschaft mit seinem Anliegen an den Land- oder Bundestag wenden kann. Dort ist dann

eine Bearbeitung garantiert! Gleichwohl zeigt dieser Fakt, dass auch wir unseren Auftritt verbessern müssen. Anliegen von mir für die Zukunft wären deshalb die Abhaltung von Petitionsprechstunden und die Freischaltung einer öffentlichen Petitionsplattform auf der Landtagsseite, die Möglichkeiten der Mitzeichnung und des Dialoges schafft.

Mein Fazit: Dieser Ausschuss ist wichtig, denn er ist wie kein anderer von einer thematischen Vielfalt gekennzeichnet und er stellt den Menschen in den Mittelpunkt seiner Arbeit. Darauf kommt es an!  
*Christina Buchheim*

## Raus aus den Hinterzimmern

Am 6. Juni entscheiden Sie, wie Sachsen-Anhalt künftig regiert wird. Auch im Landkreis Anhalt-Bitterfeld steht eine wichtige Entscheidung an. Wer soll neuer Landrat werden? Sie entscheiden, ob alles beim Alten bleibt oder ob wir neue, bessere Wege im Landkreis gehen.

Ich möchte Landrat werden. Ich werde mein Wissen, meine Erfahrungen aus vielen Jahren in der Kommunal- und Landespolitik in die Waagschale werfen, um die Region voranzubringen.

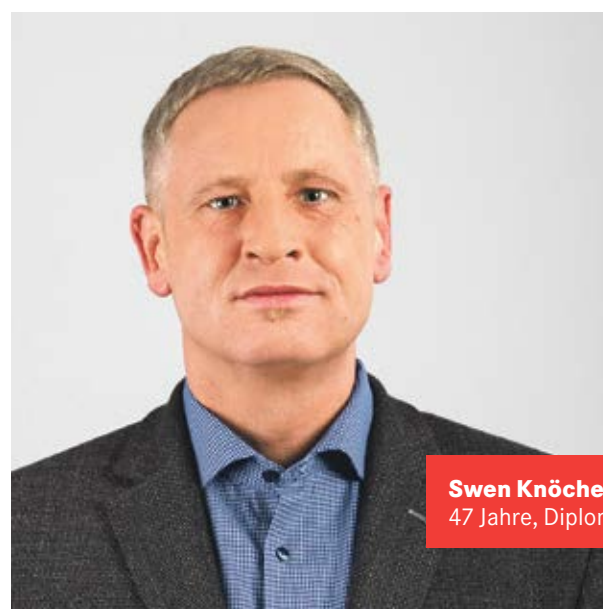
Als geborener Hallenser bin ich immer in ganz Sachsen-Anhalt tätig gewesen. Mit dem Landkreis Anhalt-Bitterfeld verbinden mich neben meinem zwanzigjährigen, ehrenamtlichen Engagement für eine Kindertagesstätte viele politische Projekte, die ich hier begleiten durfte.

Und immer, wenn ich in dem 2007 fusionierten Landkreis unterwegs bin, fällt mir auf, dass es eigentlich noch drei

Landkreise sind. Als Landrat möchte ich meine Kraft dem Zusammenwachsen widmen: Bitterfeld-Wolfen, Zerbst, Köthen – alle Orte zu einer starken Region in unserem Land verbinden.

Mitten in Sachsen-Anhalt, mitten in Deutschland und mitten in Europa kann und muss der Landkreis seine Stärken besser nutzen.

Herausforderungen und Chancen liegen auf der Hand. Der Kreis muss fit gemacht werden für die Zukunftsaufgaben von Digitalisierung und Klimawandel. Schnelles Internet in allen Orten ist nur eine Voraussetzung. Um Fachkräfte in der Region auszubilden, zu halten und zu gewinnen müssen wir unser Schulnetz verbessern und die Potentiale der Hochschule Anhalt nutzen. Wir brauchen einen besseren ÖPNV genauso wie ein Radverkehrskonzept. Eine gute flächendeckende Arztversorgung ist genauso wichtig wie der Erhalt des Gesundheitszentrums Bitterfeld-Wolfen.



**Swen Knöchel**  
47 Jahre, Diplom-Finanzwirt

Das geht nur gemeinsam, wichtige Entscheidungen wie die Verteilung der Mittel für den Kohleausstieg oder die Genehmigung von Deponien dürfen nicht

länger im Hinterzimmer getroffen werden. Mit meinem Wahlantritt werbe ich für Transparenz und Mut zu neuen Wegen – für uns alle, für Anhalt-Bitterfeld.

# Mehr Chancen durch bessere Bildung – für alle und von Anfang an!

Bildung ist der Schlüssel für die Zukunft – das bestreitet kaum jemand. Doch getan wird dafür seit Jahren viel zu wenig. Die schlimmsten Defizite in unserem Schulsystem sind der Lehrkräftemangel, die fehlende Perspektive für die Schulsozialarbeit, der Stillstand auf dem Weg zu einer inklusiven Schule, die mangelnde Integration von Schüler:innen mit Migrationserfahrungen und nicht zuletzt der Rückstand in der digitalen Ausstattung. Das sind die Folgen von fast 20 Jahren CDU-Regierungen in Sachsen-Anhalt, in denen die Qualität der schulischen Bildung und der Schulabschlüsse immer weiter gesunken ist. Wir wollen das ändern und den Mangel in unseren Schulen beenden.

Während der Zeit der Pandemie wurden durch die teilweise oder vollständige Aussetzung des Präsenzunterrichts viele Schüler:innen in ihrer Entwicklung zusätzlich benachteiligt. Wir wollen die erforderlichen Ressourcen mobilisieren, um diese Nachteile auszugleichen. Durch höhere Investiti-

onen in Bildung wollen wir verhindern, dass der Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen weiterhin so stark von ihrer sozialen Herkunft abhängt.

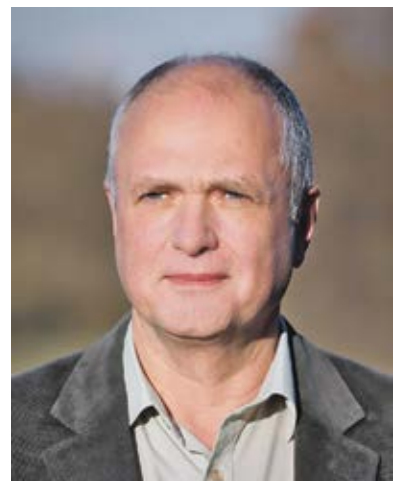
Dazu zählt eine Ausbildungs- und Einstellungsoffensive, um schnellstmöglich bis zu 2 000 zusätzliche Lehrkräfte und bis zu 1 000 zusätzliche pädagogische Mitarbeiter:innen bedarfsgerecht in den Schulen einsetzen zu können. Es gilt aber auch, digitale Lernformen künftig für alle nutzbar zu machen. Dafür sollen die Schulen schneller Glasfaseranschlüsse für ein leistungsfähiges Internet und jede Schülerin und jeder Schüler ein internetfähiges Gerät und einen Internetzugang erhalten.

In den letzten Jahren haben sich die Gemeinschaftsschulen als Schulform für längeres gemeinsames Lernen etabliert, weil hier die Entscheidung über den weiteren Bildungsweg länger offengehalten wird. Diese Schulform wollen wir wieder stärker fördern. Gemeinschaftsschulen sollen durch

mehr praxisorientiertes Lernen ein polytechnisches Profil herausbilden. Außerdem sollen sie künftig alle schulischen Abschlüsse einschließlich der Fachhochschulreife und des Abiturs anbieten können.

Unsere besondere Unterstützung brauchen vor allem die vielen Schüler:innen, die jedes Jahr unsere Schulen ohne einen regulären Schulabschluss verlassen. Für sie ist es äußerst schwer, später im Leben richtig Fuß zu fassen – für sie und für uns alle werden wichtige Potenziale vergeudet. Wir wollen deshalb durch mehr individuelle Förderung sowie Angebote für »Produktives Lernen« und »Werkstattunterricht« die Möglichkeiten zur Erlangung eines Schulabschlusses verbessern und erweitern.

Bei der Bildung kommt es vor allem auf einen gelingenden Anfang an. Deshalb müssen die Kindertageseinrichtungen noch stärker als Orte frühkindlicher Bildung profiliert werden, wo die Kinder in der Gemeinschaft aufwachsen, sich



Thomas Lippmann

entwickeln und voneinander lernen können. Wir wollen, dass alle Kinder die Tageseinrichtungen wieder uneingeschränkt für täglich 10 Stunden besuchen können und dieser Besuch für die Eltern beitragsfrei ist. Außerdem wollen wir bis zu 3 000 Erzieher:innen zusätzlich einstellen und die Arbeit mit dem bewährten Programm »Bildung elementar« intensivieren.

Sachsen-Anhalt soll sich zu einem Bildungsland mit besseren Chancen für alle entwickeln und das von Anfang an!  
Thomas Lippmann

# Wer bezahlt die Krise?

Die Landtags- und Bundestagswahl 2021 werden mit ihrem Ausgang eine Frage beantworten, die die Politik der nächsten Jahre dominieren wird. Die Frage lautet: Wer bezahlt die Krise? Hier stehen sich zwei Strategien gegenüber.

DIE LINKE will für gute Schulen, gute Kinderbetreuung, für ein leistungsfähiges staatliches Gesundheitswesen, für eine Rentengarantie und vieles mehr die öffentlichen Haushalte stärken. Dazu braucht es Geld und dieses Geld ist ausreichend in unserer Gesellschaft vorhanden.

Auch und gerade während der Krise wuchsen sowohl international als auch in Deutschland die großen Vermögen weiter stark an, während viele Menschen in unserem Land in existenzielle Bedrängnis gerieten. Diese Entwicklung vollzieht sich aber schon seit vielen Jahren. Der frühere SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte zusammen mit den Grünen eine grundgesetzkonforme Vermögensbesteuerung verhindert. Angela Merkel hat diese Politik zugunsten einiger Tausend Familien in der Bundesrepublik fortgeführt. Und selbst jetzt, in der Corona-Krise, reagiert die CDU auf die Vorschläge, endlich die Superreichen für die Finanzierung der Krise heranzuziehen, allergisch und malt Schreckensgespenster an die Wand. DIE LINKE ist die einzige Partei, die sich mit den Mächtigen anlegt. Wir for-



dern eine Vermögensabgabe, die über einen Zeitraum von 20 Jahren jährlich zwischen 17 und 34 Milliarden Euro zur Unterstützung der öffentlichen Daseinsfürsorge bereitstellen würde. Übrigens ist diese Idee im Grundsatz nicht neu. Sie ist schon einmal in der Bundesrepublik Deutschland umgesetzt worden, und zwar von dem CDU-Bundeskanzler Konrad Adenauer.

Mit diesem Vorschlag trifft DIE LINKE den Nerv der Menschen in Sachsen-Anhalt. Im September 2020 befragten 62 Prozent der Befragten in unserem Land nach einer von uns beauftragten Umfrage zu Stimmungen und Meinungen im Land eine solche Vermögensabgabe zur Finanzierung

der Kosten der Pandemie, übrigens auch 65 Prozent der befragten CDU-Wähler:innen. Aber ganz gleich ob Vermögensabgabe oder Vermögenssteuer, die direkt in den Landeshaushalt fließen würde, die Besteuerung der großen Vermögen hat auch noch eine andere Funktion. Die starke Konzentration von Geld in den Händen des reichsten Tausendstels in Deutschland hat fatale Auswirkungen auf unsere Gesellschaft insgesamt, denn Konzentration von Geld ist immer auch eine Konzentration von Macht. Macht, die sich politisch nicht kontrollieren lässt, sondern so stark ist, dass gewählte Politiker:innen wie Bettler um die Gunst der Superreichen ringen. So etwas aber macht eine Gesellschaft kaputt und deswegen ist es wichtig, die finanzielle Macht einiger weniger zu beschneiden.

Natürlich kennen wir die Argumente der Gegner:innen einer solchen Vermögensbesteuerung. Sie verbreiten Falschmeldungen und behaupten, dass dann das sprichwörtliche kleine Häuschen von Oma und Opa vom Staat weggenommen werden würde, was natürlich Unsinn ist. Die Vorschläge einer solchen Vermögensbesteuerung gehen von Freibeträgen pro Person von bis zu zwei Millionen Euro aus. Erst ein Vermögen, das darüber liegt, würde überhaupt zur Besteuerung herangezogen werden und jährlich das Vermögen zwischen 0,5 und 2 Prozent belasten. Das gesamte zusätzliche Steuerauf-

kommen würde – je nach Ausgestaltung – zwischen 70 und 93 Prozent von dem reichsten Tausendstel der Bundesrepublik getragen werden.

Natürlich gibt es auch andere Wege, die Kosten der Krise zu finanzieren. Bereits im Januar diesen Jahres hat CDU-Finanzminister Richter gefordert, dass der Haushalt Sachsen-Anhalts für 2022 um etwa 7,5 Prozent gegenüber dem Jahr 2021 zusammengestrichen werden muss. Berücksichtigt man dabei, dass sich viele Ausgaben gar nicht so schnell senken lassen, bedeutet ein solches Vorhaben ein radikales Zusammenstreichen von vielen Dingen, die uns wichtig sind. Die Kommunen würden noch ärmer werden. Es könnte kein Personal für Schule und Polizei eingestellt werden. Krankenhäuser würden weiter an Private verkauft und damit dem öffentlichen Einfluss entzogen werden.

Das sind die Alternativen, die 2021 zur Wahl stehen. Eine Wahl zwischen LINKE und CDU im Juni in Sachsen-Anhalt und im September bundesweit. Und weil es entscheidend ist, welche dieser beiden Möglichkeiten Realität wird, ist es so wichtig, dass jede:r zur Wahl geht. Noch eine letzte Bemerkung: Im Gegensatz zur LINKEN sagt die AfD nicht, woher sie das Geld für ihre Forderungen nehmen will. Eine Vermögensbesteuerung lehnt sie genauso ab wie die CDU, weil sie sich – auch wie die CDU – mit den wirklich Mächtigen in diesem Land nicht anlegen will.

# Neustart nach Corona erfordert neuen Lastenausgleich

Die Corona-Pandemie stellt die Kommunen personell und finanziell vor besondere Herausforderungen, denn sie sind es, die die getroffenen Maßnahmen umzusetzen haben. Sie sind das Rückgrat der Gesellschaft. Die Verwaltung muss trotz weitgehender Arbeit im Homeoffice funktionsfähig gehalten werden und für die Bürger:innen erreichbar sein. Besonders gefordert sind die Gesundheits- und Ordnungsämter, die jedoch weder personell noch finanziell für die bestehende Situation ausgestattet sind. Vielmehr rächt sich jetzt, dass gerade im Gesundheitsbereich über die Jahre Stellen den Sparmaßnahmen zum Opfer gefallen sind, mit der Folge nunmehr völlig überlasteter Gesundheitsämter. Der Bund hat zwar schnell finanzielle Hilfen für Personal, Digitalisierung und moderne Strukturen im öffentlichen Gesundheitsdienst bereitgestellt, um die Versäumnisse der vergangenen Jahre auszugleichen, wichtig ist aber für die kommunalen Träger auch über 2026 hinaus ein angemessener finanzieller Ausgleich für den Personal- und Sachkostenaufwuchs.

Die Krise zeigt somit im Ergebnis ein Gesundheitssystem, das seit Jahren kaputtgespart wurde, während Profit und Effizienz den Gesundheits- und Pflegebereich bestimmten. Hier hat die Politik versagt. Und auch der enorme Nachholbedarf beim Ausbau der digitalen Infrastruktur ist uns in der Krise vor Augen geführt worden.

## **Kommunen brauchen eine bessere Finanzausstattung statt neuer finanzieller Hilfen**

Die Corona-Krise hat für die kommunalen Haushalte erhebliche Folgen, womit für die Städte und Gemeinden einschneidende Folgen vorprogrammiert sind. So droht nach den pandemiebedingten Schließungen das wirtschaftliche Ende von gastronomischen Einrichtungen und Einzelhandelsgeschäften, was insbesondere in den Innenstädten sichtbar sein wird. Bereits jetzt sind die Steuereinnahmen der Kommunen eingebrochen und die finanziellen Belastungen zum Beispiel durch Mehrausgaben für Hygienemaßnahmen gestiegen. Dieses finanzielle Ungleichgewicht wird auch zukünftig die kommunalen Haushalte bestimmen und die Planungsunsicherheit ist trotz Corona-Konjunkturpaket aus 2020 angesichts der dynamischen Entwicklung in der Krise groß. Die Übernahme der Gewerbesteuerausfälle für 2020 darf deshalb auch kein einmaliger Akt bleiben. Insbesondere die Eigenbetriebe der Kommunen sind betroffen, da sie nicht an den Hilfsprogrammen des Bundes teilhaben dürfen. Die Einnahmeausfälle in den Bereichen Kultur, ÖPNV, Schwimmbäder und Kitas belasten damit die kommunalen Haushalte

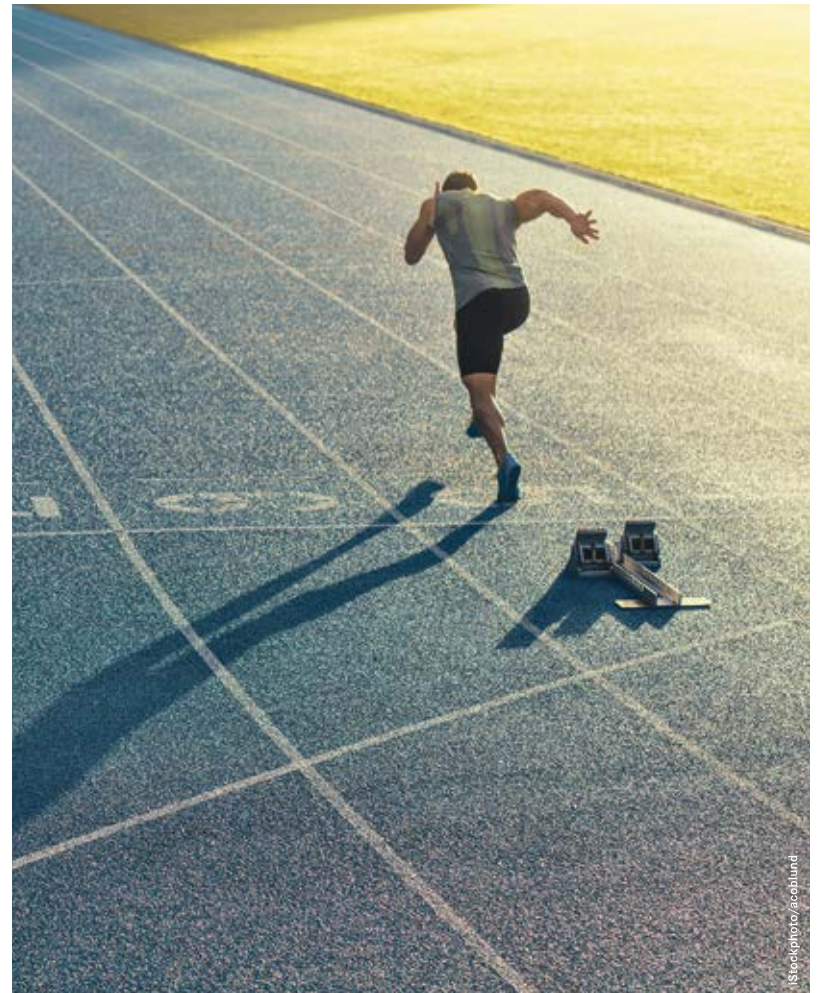
zusätzlich und Liquiditätsengpässe sind hier vorprogrammiert. Die Kommunen werden im Ergebnis all dessen auch für die nächsten Jahre auf zusätzliche Finanzhilfen angewiesen sein. Ohne einen weiteren Rettungsschirm zum Ausgleich von Einkommens- und Gewerbesteuerverlusten werden die Kommunen die notwendigen Investitionen nicht auf den Weg bringen können, die wiederum notwendig sind, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln. DIE LINKE fordert bereits seit Jahren eine Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefortschrittssteuer, die die Einnahmen der Städte und Gemeinden nachhaltig stärken würde. Ohne eine nachhaltige Verbesserung der Kommunalfinanzen sind Investitionen in kommunales Eigentum dauerhaft auf Hilfen von Bund und Land angewiesen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf – wenn nicht in der Reform der Kommunalfinanzen, dann in Form eines kommunalen Investitionsprogramms.

## **Altschuldenregelung für Kommunen**

Und auch die Altschuldenfrage, die gerade strukturschwächere Kommunen betrifft, ist noch nicht gelöst. Hier ist eine Länderlösung gefragt. Hessen hat mit der Hessenkasse ein eigenes Programm aufgelegt. DIE LINKE hat im Landtag dazu eine Debatte angestoßen, die darauf abzielt, mithilfe der Investitionsbank ein eigenes Programm zur Unterstützung der Kommunen aufzulegen.

## **Misstände wurden in der Krise deutlich**

Vor allem die Schwächsten der Gesellschaft sind von der Corona-Krise stark getroffen worden. Viele Leistungen, insbesondere für Kinder, sind nicht mehr angekommen, da Einrichtungen geschlossen oder Angebote weggefallen sind. So konnten zum Beispiel durch die Schließung von Kitas und Schulen die im Bildungs- und Teilhabepaket vorgesehenen Leistungen zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben für Kinder oft nicht mehr abgerufen werden, und die Kommunen waren leider nicht



in der Lage, schnell und großzügig Alternativen aufzuzeigen, wie Gutscheine oder Liefermöglichkeiten.

Die Corona-Pandemie hat noch einen weiteren Missstand in der Gesellschaft deutlich gemacht – die Konzeptionslosigkeit im Bildungsbereich. Seit langem redet die Politik von der Digitalisierung im Bildungswesen, doch die Pandemie hat schonungslos aufgezeigt, dass es sowohl an der digitalen Infrastruktur als auch an überzeugenden Konzepten für den Online-Unterricht fehlt. Dabei darf man auch nicht vergessen, dass nicht alle Schülerinnen und Schüler so gut ausgestattet sind, dass sie von zu Hause aus online unterrichtet werden können. Die Kommunen als Schulträger müssen auch diese Aufgabe stemmen. Dank des Digitalpakts werden in den nächsten Jahren in den Städten und Gemeinden Millionen für die digitale Ausstattung der Schulen ausgegeben. Vernachlässigt werden darf dabei aber nicht, dass damit ein weiterer finanzieller Aufwuchs verbunden ist. Denn es wird weiterhin die Aufgabe der Kommunen und Schulträger sein, Betrieb, Support und Wartung der Technik in den Schulen sicherzustellen.

In jeder Krise liegen bekanntlich auch Chancen, und so hat die Pandemie den Städten und Gemeinden den dringend notwendigen Digitalisierungsschub nolens volens verpasst. Zukünftig werden wohl weniger Büroflächen benö-

tigt und Verkehrsströme werden sich infolgedessen verändern. Die Innenstädte stehen nicht nur aufgrund des Online-Handels vor einem grundlegenden Wandel. All dies wird das Leben in den Kommunen beeinflussen.

## **Vermögensabgabe gegen Corona-Schulden**

Die Corona-Pandemie hat die Staatschulden anwachsen lassen. Spätestens nach den Bundestagswahlen wird die Frage, wer die Folgen der Corona-Krise bezahlt, beantwortet werden müssen. Ab 2022 soll die Schuldenbremse wieder gelten. Der Staat kann entweder sparen und damit Ausgaben drastisch kürzen oder aber seine Einnahmen – also Steuern – erhöhen. Damit stellt sich die Frage nach einer gerechten Verteilung der Folgekosten. Wir fordern eine mit dem Grundgesetz im Einklang stehende Vermögensabgabe. Diese Abgabe würde einmalig für Milliardäre und Multimillionäre erhoben, soll über 20 Jahre in Raten abbezahlt werden und würde weniger als ein Prozent der Bevölkerung betreffen.

Langfristig kommt niemand daran vorbei, die Frage zu beantworten, wie die Kosten der Krise bewältigt werden sollen und wer damit schlussendlich zur Kasse gebeten wird. Sie als Wähler:in werden dafür bei den Wahlen die Weichen stellen.

# Den ländlichen Raum stärken!

Mein Name ist Anke Nielebock, ich bin ausgebildete Verwaltungsfachangestellte mit einem rechtswissenschaftlichen Studienabschluss (Bachelor of Laws) und lebe in der Stadt Aken an der Elbe. Mein Wahlkreis für den Landtag umfasst die schönen Regionen Zerbst, Osternienburger Land, Aken und Gommern.

Der ländliche Raum muss in Magdeburg wieder mehr Beachtung erfahren. Der Abbau der öffentlichen Infrastruktur muss gestoppt werden – Land und Bund dürfen unsere Städte und Dörfer nicht länger kaputtsparen. Die Menschen sind zu Recht verärgert, wenn nur wenige Kilometer weiter in den Großstädten Investitionen in die Infrastruktur mit zweistelligen Millionenbeträgen großzügig unterstützt werden, während die öffentliche Infrastruktur in unserer Region zurückgefahren wird und um finanzielle Unterstützung für Projekte jahrelang gerungen werden muss. Der Finanzausstattung der Kommunen, dem Erhalt und der Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Personalentwicklung im öffentlichen Dienst muss dringend mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Das spürbare Defizit an Lehrer:innen oder Polizist:innen ist kein Naturereignis, sondern das Ergebnis jahrelanger Personaleinsparpolitik, die es zu korrigieren gilt.

Die Mandatsträger:innen in den Kommunalparlamenten brauchen finanzi-

ellen Gestaltungsspielraum, um den Menschen vor Ort die Lebensqualität zu verbessern. Der Zugang zu Bildung, Kultur und Gesundheitsversorgung ist im ländlichen Raum für viele Menschen nicht einfach, da entweder schlichtweg die Angebote fehlen oder sie aufgrund des lückenhaften ÖPNV nicht oder nur schwer erreichbar sind. Die mangelnde Finanzausstattung unserer Dörfer und Städte muss überwunden werden, damit den Menschen in den Gemeinden und Landkreisen wieder die Möglichkeit gegeben wird, ihr unmittelbares Lebensumfeld positiv zu gestalten.

Während meiner Studienzeit kam ich als Pendlerin in Potsdam in den Genuss, einen gut ausgebauten ÖPNV nutzen zu können. Während es in der Großstadt einfach ist, autofrei zu leben, das sogar eine Befreiung sein kann, weil Kosten wie auch die lästige Parkplatzsuche wegfallen, ist ein motorisiertes Fahrzeug im ländlichen Raum unabdingbar. Der ÖPNV ist in unseren Städten und Gemeinden sehr lückenhaft. Zugverbindungen wurden eingestellt, Busverbindungen in den Abendstunden oder an Wochenenden sucht man in vielen Gemeinden unserer Region vergebens. Dabei sind gerade die öffentlichen Verkehrsmittel wichtig für die angestrebte Verkehrswende. Mit einem breit ausgebauten Liniennetz und bezahlbaren Preisen, sollte jeder sein Ziel erreichen und gleichzeitig damit das Klima schützen können.



**Anke Nielebock**  
Direktkandidatin Wahlkreis 23 – Zerbst, Aken, Osternienburger Land, Gommern;  
Verwaltungsfachangestellte, Bachelor of Laws; ledig.

## Ehrenamt und Vereine stärken

Vereine prägen das soziale Leben in unseren Gemeinden. Im ländlichen Raum sind sie es, die »Leben« ins Dorf bringen und zur Förderung des Gemeinwesens und zum Fortbestand kultureller Traditionen beitragen. Ehrenamtliche sorgen für gesellschaftlichen Zusammenhalt und erhöhen durch ihre Arbeit für viele die Lebensqualität in den Gemeinden. Dabei übernehmen Vereine in vielen Regionen immer mehr Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge wie z. B. – das Betreiben von Freizeitbädern, Bibliotheken, Heimatstuben und Museen. Würden sie es nicht tun, würde es vielerorts das Aus für diese Einrichtungen bedeuten. Die ehrenamtliche Tätigkeit in unserer Gesellschaft ist wichtig und sollte auch dementsprechend anerkannt und unterstützt werden. Seit der Kommunalwahl 2019 bin ich ehrenamtlich Stadträtin in meiner Heimatstadt Aken

und weiß nicht erst seitdem, wie sehr Vereinsarbeit, soziale und kulturelle Begegnungsorte für Familien, Jugendliche und Senioren auf finanzielle Unterstützung durch die Kommunen angewiesen sind. Die Corona-Pandemie verschärft die Situation in vielen ohnehin schon finanzschwachen Gemeinden noch weiter und gefährdet so die finanzielle Unterstützung der Vereine, die selbst Einnahmeverluste aufgrund des pandemiebedingt heruntergefahrenen Vereinslebens verkraften müssen. Die jahrelange Sparpolitik des Bundes und der Länder hat viele Kommunen schon vor Corona an den Rand ihrer Handlungsfähigkeit gebracht. Bund und Land sind gefordert, die finanzielle Handlungsfähigkeit unserer Dörfer und Städte durch eine längst überfällige Gemeindefinanzreform endlich wieder herzustellen.  
*Anke Nielebock*

# Juristin mit langjähriger politischer Erfahrung

Mein Name ist Christina Buchheim. Ich wurde 1970 in Köthen geboren und bin Mutter von Zwillingen. Seit 1998 bin ich als Rechtsanwältin tätig und immer nah dran an den Problemen von Bürger:innen, Arbeitnehmer:innen, Handwerkern und Unternehmen. Diesen Kontakt habe ich nie abreißen lassen und möchte als Kandidatin aus der Mitte der Gesellschaft die Interessen der Menschen im Wahlkreis vertreten, und zwar mit Engagement, Sachlichkeit und Bodenständigkeit. Bürgernähe und Partizipation sind für mich nach wie vor die Grundpfeiler für gute politische Arbeit.

Der Wahlkreis 22 umfasst nach dem Neuzuschnitt der Wahlkreise nunmehr die Städte Köthen, Südliches Anhalt, Raguhn-Jeßnitz und die Gemeinde Muldestausee. Für mich gilt es, das 2016 gewonnene Direktmandat in diesem Wahlkreis zu verteidigen. Alle Themen rund um die Kommunalpolitik sowie das Petitionsrecht haben meine Arbeit geprägt. Diese Themen sind immer aktuell und meine Erfahrungen und Ideen möchte ich auch in der nächsten Legislaturperiode einbringen. 2016 hatte ich im Landtag den Vorsitz des Petitions-

ausschusses übernommen, wodurch meine juristischen Kenntnisse in meine politische Arbeit einfließen konnten. Ich habe damals für diesen Ausschussvorsitz viel Bedauern geerntet, heute fülle ich dieses Amt mit Leidenschaft aus. Gleichzeitig bin ich Sprecherin für Kommunalpolitik, in der ich selbst seit 1992 aktiv bin, derzeit im Kreistag Anhalt-Bitterfeld und als Fraktionsvorsitzende unserer Stadtratsfraktion in Köthen. Dieses Engagement ist Basis für meine Arbeit auf Landesebene.

Ausgleich zum politischen Alltag finde ich im Freizeitsport als aktive Läuferin. Gleichwertige Lebensverhältnisse, leistungsfähige Kommunen, Erhalt der Einrichtungen öffentlicher Daseinsvorsorge und soziale Gerechtigkeit sind Ziele meiner Politik. Dabei möchte ich Anlaufstelle für die Belange der Bürger:innen und deren Ansprechpartnerin auf Augenhöhe sein.

Die Corona-Pandemie war und ist eine Zeit mit besonderen Herausforderungen für uns alle. Sie hat uns gezeigt, dass das Gesundheitswesen für die Patient:innen da sein muss und nicht für die Dividende von Aktionär:innen.



**Christina Buchheim**  
Direktkandidatin im Wahlkreis 22 (Köthen), Juristin, Jahrgang 1970

Die Gesundheitsämter sind völlig überlastet und nicht erst seit der Pandemie fehlt Pflegepersonal in den Krankenhäusern. DIE LINKE fordert bereits seit Jahren eine öffentliche Gesundheitsversorgung, in der kein Personal-mangel herrscht und zudem gute Löhne gezahlt werden. Die Krise hat auch offengelegt, dass wir in den Schulen noch lange nicht auf der Höhe der Zeit sind. Es fehlt an einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur und an Konzep-

ten für den Online-Unterricht. Gut ausgestattete Schulen hätten längst Normalität sein müssen.

Seit 2008 bin ich Mitglied der Partei DIE LINKE. Für uns steht die soziale Gerechtigkeit immer im Mittelpunkt. Wir kämpfen für Solidarität, sozialen Zusammenhalt und Bildungsgerechtigkeit. Dafür stehe ich und werbe um Ihre Stimmen!  
*Ihre Christina Buchheim*

# Für einen öffentlichen Klinikverbund kommunaler Krankenhäuser

Eine Lehre aus der Corona-Pandemie steht aus unserer Sicht schon fest: Das Gesundheitssystem muss wieder auf einer stabilen Basis stehen. Konzerne kaufen Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen – diese Entwicklung hat in Sachsen-Anhalt enorm zugenommen mit fatalen Folgen. Um darüber miteinander ins Gespräch zu kommen, trafen sich Holger Waack, Oberarzt in Aschersleben und Betriebsrat in der dortigen Ameos-Klinik, und der LINKEN-Politiker Gregor Gysi.

**Gysi:** Herr Oberarzt, ich beobachte schon lange, dass sich Ameos als Privatkonzern gerade in Sachsen-Anhalt an den ehemaligen Kreiskrankenhäusern massiv bedient, um mit der Krankenversorgung Gewinne zu maximieren. In Ihrem Krankenhaus werden die Beschäftigten unterdurchschnittlich bezahlt. Von 600 Euro weniger als in öffentlichen Kliniken ist dort die Rede. Tarifverhandlungen lehnt das Unternehmen ab. Noch schlimmer, Sie als Betriebsrat sollten zwischenzeitlich aus der Klinik geworfen werden.

**Waack:** Ja, das stimmt. Ich habe mich allerdings erfolgreich gegen diese Maßnahmen gewehrt und werde wei-

terhin für faire Löhne streiten. Die Gehaltsunterschiede zwischen privaten und öffentlichen Krankenhäusern sowie in Ost und West sind eklatant. Abwanderung ist die Folge. Deshalb ist der Arbeitskampf der Beschäftigten für einen Tarifvertrag so wichtig. Ameos, mittlerweile an zehn Standorten in Sachsen-Anhalt präsent, zeigt, wie wichtig es ist, künftige Privatisierungen konsequent zu verhindern.

**Gysi:** Mit einer Privatisierung steigt der eh schon starke Druck des wirtschaftlichen Handelns in den Kliniken weiter an. Die Privatisierung hat immer zum Ziel, Gewinn zu machen und zu steigern und Kosten niedrig zu halten. Fließt kein Gewinn mehr, werden die Häuser geschlossen. Die Krankenhäuser sind durch die politischen Rahmenbedingungen zu Rendite-Objekten geworden statt zu Orten der Gesundheitsversorgung.

**Waack:** Genau. Und durch die Prämisse der Gewinnmaximierung verkommt bei vielen privaten Klinikbetreibern die Gesundheitsleistung am Patient zur Ware. Das Personal wird ausgedünnt und schlecht bezahlt. Ameos selbst wirbt Fachkräfte aus den benachbar-



ten EU-Ländern an, um den Weggang langjähriger Kolleginnen und Kollegen zu kompensieren. Dann wird argumentiert, der Weggang von Fachkräften entspräche der natürlichen Fluktuation. Die Klinik-Kette Ameos stand aus meiner Sicht bislang für Tariffucht, für ungleiche Gehälter bei gleicher Arbeit.

**Gysi:** Die Pandemie hat noch einmal sehr deutlich gezeigt: In einem Krankenhaus muss man sich vornehmlich um Gesundheit kümmern, nicht um Profite. Dafür braucht die Gesundheitsversorgung eine stabile Finanzierung durch die öffentliche Hand sowie eine klare politische Zuständigkeit, um private Klinikbesitzer wenigstens zu prüfen.

**Waack:** Wir brauchen eine Tarifbindung für alle an der klinischen Patientenversorgung Beteiligten. Das schließt Pflegekräfte und ärztliches, aber auch nicht medizinisch tätiges Personal ein. Die Löhne müssen sich an denen des öffentlichen Dienstes orientieren. Die Beschäftigten brauchen finanzielle Sicherheit, um sich gut um Patienten kümmern zu können.

**Gysi:** Ja, Tarifverträge wären wichtig. Aber sie fallen nun einmal nicht vom Himmel. Das Pflegepersonal muss in die Gewerkschaften zurückkehren, dazu gehören im Übrigen auch die Ärzte. Woran liegt es eigentlich, dass sie sich oftmals den Streiks oder kollektiven Tarifverhandlungen entziehen?

**Waack:** Die privaten Kliniken wollen die Mitbestimmung des Personals verhindern. Die Beteiligung der Ärzteschaft an den Streiks zu Jahresbeginn 2020 ließ auch in Aschersleben sehr zu wünschen übrig. Viele Ärztinnen und Ärzte werden außertariflich bezahlt, was dazu führt, dass die Solidarität unter den Ärzten und zwischen den Be-

rufungsgruppen immer weiter abnimmt. Leider denken viele nur an sich statt an die gesamte Belegschaft.

**Gysi:** Als wenn das alles nicht schon schlimm genug sei, gab es im Pandemie-Jahr 2020 sogar Schließungen von Kliniken. Und das in einer äußerst belastenden Situation für das Gesundheitssystem und alle Menschen. Die durch die Krise hervorgerufenen Mehrkosten im Gesundheitsbereich sollen, so ein Vorschlag des Bundesgesundheitsministers Jens Spahn, die öffentlichen Krankenversicherungen zahlen und damit jeder einzelne Beitragszahler – das heißt am Ende wieder weniger Netto vom Brutto statt Tarifverträge und Krisenzuschlag.

**Waack:** Ich bin sehr traurig darüber. Wir als Betriebsräte sind gut vernetzt untereinander und waren bestürzt, als im letzten Jahr in Havelberg das einzige Krankenhaus vollständig geschlossen wurde. Der private Investor sah es vermutlich als lukrativer an, die medizinische Versorgung zugunsten von Pflegeeinrichtungen aufzugeben. Solche Managemententscheidungen im Gesundheitswesen haben, nicht nur in Sachsen-Anhalt, krankenhausfreie Regionen zur Folge.

**Gysi:** Der Artikel 2 des Grundgesetzes steht für den Schutz der psychischen und physischen Gesundheit eines jeden Menschen ein. Von einer Zweiklassen-Gesellschaft bei der Gesundheitsversorgung ist dort keine Rede. Gleiche Arbeit muss auch gleich bezahlt werden, egal ob als Angestellte im privaten Unternehmen oder öffentlichen Dienst. Die Kette der Unruhen unter dem Klinikpersonal in Sachsen-Anhalt muss mit zeitgemäßer, an Tarife gebundener Bezahlung beantwortet werden. Das Outsourcing muss ebenfalls beendet werden.



# Gesundheit ist keine Ware!

Dieser Satz stimmt und führt das Problem klar vor Augen: Krankenhäuser sind nicht für Profite da, sondern für kranke Menschen.

DIE LINKE lehnt eine weitere Schwächung der Krankenhausversorgung ab. Wir fordern eine wohnortnahe Versorgung von Patientinnen und Patienten. Vor allem in der Corona-Pandemie sollte klar geworden sein, dass beim Thema Gesundheit die Menschen und nicht Profite im Vordergrund stehen müssen.

Bereits vor der Corona-Krise war das Gesundheitssystem auf Kante genäht. Der Irrweg, Krankenhäuser auf Effizienz und Gewinn zu trimmen, hatte den Effekt, dass Personal reduziert und Fachabteilungen geschlossen wurden. Die größten fünf deutschen Klinikkonzerne haben 2019 einen Gewinn von zusammen einer Milliarde Euro gemacht. Krankenkassenbeiträge dürfen nicht länger zur Dividende für Aktionäre werden.

DIE LINKE fordert eine Selbstverpflichtung der Bundesregierung und der im Bundestag vertretenen Parteien zur Entprivatisierung und zum gemeinwohlorientierten Umbau des Gesundheitssystems. Es muss wieder das Prinzip »Staat vor Markt« gelten. Die Bevölkerung hat ein Recht auf eine öf-

fentlich organisierte, kostendeckende und bedarfsgerechte Krankenhausfinanzierung – und die Beschäftigten in medizinischen Berufen und in der Pflege ein Recht auf einen gut bezahlten Job, den sie gerne ausüben und der sie nicht kaputt macht.

Die deutsche Krankenhauslandschaft befindet sich im Umbruch. Die demografische Entwicklung, der zunehmende Mangel an Fachkräften und hohe Investitionsbedarfe, die aus den in nur unzureichender Höhe bereitgestellten Fördermitteln des Bundes und der Länder resultieren, stellen immer mehr Kliniken vor wirtschaftliche Probleme, auch in unserem Landkreis.

Der Landkreis Anhalt-Bitterfeld ist Alleingesellschafter der Gesundheitszentrum Bitterfeld/Wolfen gGmbH. Das Krankenhaus ist ein modernes medizinisches Leistungszentrum mit überregionaler Bedeutung und Akademisches Lehrkrankenhaus der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Im Sommer 2020 wurden zehn Kundgebungen in Bitterfeld und Köthen durchgeführt, um **alle** Kliniken des Gesundheitszentrums zu erhalten, auch die Fachklinik für Frauenheilkunde und Geburtshilfe. Was ist das eigentlich für ein gleichstellungspolitisches Signal an die Frauen in unserer Regi-



on, wenn ausgerechnet die Kliniken geschlossen werden, die speziell für Frauen da sind? Gemeinsam mit 1 234 Einwohner:innen, die die Protestaktio-

nen durch ihre Unterschrift unterstützen, ist ein erster Teilerfolg erreicht worden: Die Klinik soll bleiben!  
*Bettina Kutz*

## 30 Jahre Kommunalpolitik vor Ort – nun im Landtag

Bettina Kutz, 69 Jahre, vier erwachsene Kinder, vier schulpflichtige Enkelkinder, Grundschullehrerin (Deutsch, Mathematik, Musik, Ethik), Personalrätin, Gleichstellungsbeauftragte für Beschäftigte in den Schulen Sachsen-Anhalts, Vorsitzende des Kreisvorstandes der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und des DGB in Anhalt-Bitterfeld.

Erfahrungen aus 30 Jahren Kommunalpolitik als Mitglied im Kreistag Bitterfeld und Anhalt-Bitterfeld sowie im Stadtrat von Bitterfeld, Brehna und Sandersdorf-Brehna.

Schwerpunkte: Bildungs-, Gleichstellungs- sowie Sozial- und Gesundheitspolitik, Senior:innenpolitik.

Als langjährige Vorsitzende des Kreisvorstandes der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und des DGB in Anhalt-Bitterfeld sind mir die Sorgen und Probleme der Beschäftigten in vielen Branchen bekannt. Für mich stehen faire Entlohnung und gute Arbeitsbedingungen an vorderster Stel-



le für ein zufriedenes Berufsleben. Die Region Bitterfeld-Wolfen, Sandersdorf-Brehna und Zörbig darf kein Mindestlohn-Sektor bleiben, sondern muss sich zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort entwickeln.

Senior:innenpolitik sehe ich als einen neuen Schwerpunkt für meine politi-

sche Tätigkeit. Hier geht es nicht nur um eine auskömmliche Rente. Als Mitglied des Kreisseniorenbeirates des Landkreises Anhalt-Bitterfeld setze ich mich für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben auch im Alter ohne Einschränkungen ein. Dazu gehören unter anderem ein funktionierender öffentlicher Nahverkehr von Bus und Bahn, eine bedarfsgerechte Ausgestaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge, das Schaffen von Möglichkeiten der digitalen Teilhabe für Senior:innen und die Förderung von seniorengerechtem Wohnraum. Dies hilft nicht nur den Seniorinnen und Senioren, sondern auch jungen Familien. Im Großraum Bitterfeld-Wolfen oder Sandersdorf-Brehna sehe ich da noch dringenden Handlungsbedarf.

Einmischen, mitgestalten, Veränderungen herbeiführen! Das ist auch als Seniorin möglich und auch im Landtag nötig. Deshalb werbe ich um Ihre Unterstützung im Wahlkreis 28 (Bitterfeld-Wolfen, Sandersdorf-Brehna, Zörbig).

*Ihre Bettina Kutz*

### Impressum

Wahlzeitung zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2021  
Herausgeberin:  
DIE LINKE. Sachsen-Anhalt  
Landesgeschäftsführerin  
Sabine Krems-Jany (V.i.S.d.P.)  
in Zusammenarbeit mit dem  
Kreisverband Anhalt-Bitterfeld  
Erscheinungstermin: April 2021  
Auflage: 30 000 Exemplare  
[kontakt@dielinke-lsa.de](mailto:kontakt@dielinke-lsa.de)  
[www.dielinke-sachsen-anhalt.de](http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de)



Die Nutzungsrechte nicht gekennzeichnete Bilder liegen bei der Partei DIE LINKE.  
Layout, Satz: DiG / Plus GmbH  
Druck: Berliner Zeitungsdruck